

**CDU-Fraktion  
im Rat der Stadt Rheine  
Josef Niehues**

**19.06.07  
Feldhues-Hook 6  
48432 Rheine  
Telefon: 05975/8276  
Telefax: 05975/3573  
[Josef.Niehues@osnanet.de](mailto:Josef.Niehues@osnanet.de)**

## **Übergangsforsik in Rheine**

**Frau Bürgermeisterin,  
meine Damen und Herren Ratsmitglieder,  
liebe Anwesende,**

**Wir stehen bei dem Thema Forsik vor einer schwierigen Entscheidung, die mit Emotionen und auch mit Ängsten verbunden ist.**

**Die ersten reflexartigen Reaktionen bei diesem Thema sind immer: „Nein – die wollen wir in Rheine nicht!“**

**So war es auch vor 5 Jahren, als uns diese Diskussion erstmalig erreichte. Viele von uns haben die emotionsgeladene, abwehrende, Angst und Sorge verursachende Standortfrage noch im Gedächtnis. Auch ich hatte in der Nacht nach der damaligen „Einwohnerversammlung“ zu diesem Thema Ängste und Alpträume vor der Entscheidung.**

**Es war damals vor allem Bürgermeister Wilhelm Niemann, der das Thema entkrampfte und einer zielorientierten Lösung zuführte. Die Verhandlungen mit dem Land NRW führten zu einer befristeten Übergangsforsik, mit einem Höchstmaß an äußerer und innerer Sicherheit für solche Einrichtungen. Am Ende entstand in der Stadt eine breite Zustimmung zu diesem Konzept, auch wenn nicht alle Bürger, vor allem aus Bentlage, mitgenommen werden konnten.**

**Mittlerweile ist die Übergangsforsik in Betrieb. Ich glaube, wir können heute auch sagen, dass dort - unter Leitung von Frau Dr. Spaniol – von den Mitarbeitern eine gute Arbeit geleistet wird. Der Forsik-Beirat erhält umfassende Informationen und arbeitet engagiert mit. Zudem haben sich auch Rheinenser/Innen vor Ort über die Struktur der Insassen und die Arbeitsweise des Pflegepersonals informieren lassen. Das hat zu einer gewissen Entspannung geführt. Und zum Glück ist bislang auch nichts Ernsthaftes passiert. Zur Beurteilung der neuen Lage lohnt sich ein Blick zurück.**

**Unter der damaligen rot-grünen Landesregierung wurde Anfang 2001 eine Initiative gestartet, mehr Plätze in Forensik-Einrichtungen zu schaffen. Die damalige Unterbringung, zum Beispiel in Lippstadt und Bedburg-Hau mit vielen Überbelegungen, stellte eine Gefahr für die Patienten, aber auch für Personal und die äußere Sicherheit dar. Deshalb entstand mit der Zustimmung aller Parteien im Land die Forderung nach neuen Forensik-Belegungsplätzen. So sollten an neuen Standorten 510 neue Plätze entstehen, die in einem Zeitraum von 5-7 Jahren errichtet werden sollten.**

**Wir müssen heute feststellen: Diese Zeitachse der damaligen Ministerin Fischer (SPD) war nicht zu halten. Widerstände in den betroffenen Städten führten zu erheblichen Verzögerungen im Baubeginn. Erst vor wenigen Tagen wurde die Klage der Stadt Herne durch die höchste Instanz negativ beschieden. Es wird 2010, bis alle 510 neuen Plätze fertig sind.**

**Seit 2001 gibt ein zusätzliches Problem:**

**Die bis dahin kalkulierten Zuwächse im Forensikbereich sind erheblich angestiegen. Inzwischen sind wir bei Steigerungsraten von jährlich ca. 4%. Auch diese Personen sind sicher unterzubringen.**

**Daher sah sich die inzwischen neue Landesregierung mit Minister Karl-Josef Laumann veranlasst, alle Forensik-Standorte in NRW zu bitten, mehr Plätze als geplant zur Verfügung zu stellen. Auch die Stadt Rheine war Adressat einer solchen Anfrage. Die Bitte von Minister Laumann war, aus der Übergangsforsik eine Dauerforensik zu machen.**

**Wir haben in den letzten Monaten auf vielen Ebenen den Sachverhalt diskutiert. Ich bedanke mich bei allen, für das hohe und sachliche Niveau der Diskussion.**

**Sehr schnell wurde klar, dass bei aller Anerkennung eines höheren Bedarfs an Forensikplätzen in NRW, dem Antrag auf eine Dauerforensik in Rheine nicht stattgegeben werden kann.**

**Dagegen sprechen vor allem zwei Gründe:**

- 1.) Wir haben bei unserer vertraglichen Vereinbarung mit dem Land den Menschen in Rheine die Zusage gegeben, dass nur eine Übergangsforsik und keine Dauerforensik entsteht. An diese vertragliche Bindung hängt viel Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger an die Politik in Rheine. Unsere Glaubwürdigkeit verlangt, dass wir diese Vorgabe einhalten.**
- 2.) Hinzu kommt, dass die bauliche Situation in Bentlage keine qualitätsvolle Dauereinrichtung zulässt. Die Gebäude stammen aus den 50ziger Jahren, sie haben keine Wärme/Kälteisolierung, die Anordnung der Räume entspricht nicht den heutigen Therapiekonzepten, ein Nacheinschluss ist nicht möglich, es fehlt Platz für Therapie- und Sporträume. Das modernste und wertvollste an diesem Gelände ist der Sicherheitszaun.**

**Nun stehen wir vor der Frage: Was machen wir mit dem Antrag der Landesregierung. Wir können nicht einfach auf den bestehenden Vertrag verweisen. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass in der Frage der Forensikplätze in NRW ein „Notstand“ vorprogrammiert wird. Die Folge wird sein, dass es wieder zu Überbelegungen in vorhandenen Einrichtungen kommt, zum Beispiel in Lippstadt-Eickelborn oder Bedburg-Hau. Diese führen zu weniger Sicherheit für die Patienten, aber auch für das dortige Pflegepersonal, letztlich auch für die Allgemeinheit. Wer nicht will, dass es wieder zu unhaltbaren und gefährlichen Zuständen in überbelegten Einrichtungen kommt, der muss schauen, wo er – ohne substantielle Zugeständnisse – seiner Verantwortung durch Kompromiss-Lösungen gerecht werden kann. Zur Glaubwürdigkeit in der Politik gehört auch, neue Fakten in eine Gesamtbewertung mit einzubeziehen. Wir haben hier also eine gesellschaftspolitische Gesamtverantwortung wahrzunehmen!**

**Es ist sodann in vielen konstruktiven Gesprächen, so zuletzt auch mit Minister Karl-Josef Laumann am 11.06.07, der Vorschlag entwickelt worden, auf der Grundlage des bestehenden Vertrages, zu einer Verlängerung der Laufzeit der Übergangs-Forensik zu kommen.**

**Der Kompromiss beinhaltet:**

- a) Die in Rheine bestehende Forensik-Einrichtung bleibt eine Übergangsforsik. Das Land sichert vertraglich zu, dass auch in Zukunft der Standort Bentlage als Dauerforensik ausgeschlossen ist.**
- b) Alle – im bislang geltenden Vertrag vereinbarten hohen äußeren Sicherheitsauflagen bleiben bestehen. Für die Patienten wird es auch weiterhin keinen Freigang geben.**
- c) Auch der bislang vereinbarte Personalschlüssel bleibt zur Stabilisierung der inneren Sicherheit erhalten.**
- d) Die außerordentlich hohe Konventionalstrafe bei der Überschreitung der Vertragslaufzeit bleibt bestehen und wird nur an das neue Zeitgerüst angepasst.**
- e) Das Land soll die Möglichkeit erhalten, den Vertrag zu verlängern, bis zu einer Laufzeit von 5 Jahren (31.12.2016).**

**Die bislang mit dem Land vereinbarte Pacht, war für die Laufzeit bis Ende 2011 kalkuliert. In dieser Pacht waren alle Kosten für den damaligen Grunderwerb, die laufenden Kosten bei der Stadt, den zukünftigen Abbruch etc. enthalten. Somit würde Ende 2011 die Stadt das „Grundstück“ zu Null erworben haben.**

**Das Land bittet nun darum, für den Zeitraum der Verlängerung, den Pachtzins auf ein ortsübliches Niveau zu senken. Dieser Wunsch ist legitim, zumal es ja auch um Steuergelder geht. Die Verwaltung wird gebeten, entsprechende Verhandlungen mit dem Land NRW aufzunehmen.**

**Frau Bürgermeisterin,**

meine Damen und Herren,

der hier vorgestellte Kompromiss ist nach unserer Auffassung vertretbar.

Mit dieser Neuregelung bleibt der Vertrag in seinen wesentlichen inhaltlichen Elementen voll erhalten. Er bestätigt nochmals auch durch das Land, dass Bentlage kein Dauerforensik-Standort sein wird. Diese Zusage für Bentlage gibt den Menschen dort nun eine dauerhafte Sicherheit. Das ist ein großer Erfolg. Das Höchstmaß an äußerer und innerer Sicherheit bleibt bestehen. Nur hinsichtlich der Laufzeit der Übergangforensik zeigen wir eine Flexibilität. Es entsteht auch keine Salami-Taktik. Das Land weiß, dass es nur eine einmalige Verlängerung um bis zu 5 Jahre geben kann. Jede andere Lösung ist politisch „verbrannt“.

Der erkennbare Forensik-Notstand der nächsten Jahre in NRW kann für diesen sensiblen Bereich vermieden werden.

Hinsichtlich der „Belegungszahlen“ erhoffen wir uns alle für die Zukunft durch das vor 10 Tagen im Bundesrat endgültig verabschiedete Gesetz zur Neuregelung der Vollstreckungsreihenfolge eine Entspannung. Ob und ggfs. wie die Gerichte zukünftig hier entscheiden, bleibt abzuwarten. Es kann bei optimistischer Betrachtung dazu führen, dass ab 2010/2011 sich kein zusätzlich steigender Bedarf an Forensik-Einrichtungen einstellt. Zur Prüfung des nachhaltigen Bedarfs ab 2010 ist somit auch die Verlängerung sachgerecht.

Bei einem negativen Bescheid aus Rheine, wäre das Land schon jetzt gezwungen, eine neue Einrichtung zu planen. Ein Bau würde 20-25 Mio. verschlingen. Geld, das unter Umständen bei anderen wichtigen Projekten fehlt.

Innerhalb der CDU-Ratsfraktion war von Anfang an klar, dass es bei dieser Frage keinen sogenannten „Fraktionszwang“ geben wird. Die Abstimmung ist frei und jeder muss und wird nach seinem Gewissen die Entscheidung verantworten.

Wir wünschen uns, dass dieses auch für alle Fraktionen im Rat gilt. Wir bedauern es, dass die SPD-Fraktion sich bereits festgelegt hat, bevor die letzten offiziellen Gespräche geführt worden sind. Vor dem Hintergrund der Diskussionen aus 2002 kann ich mir nicht vorstellen, dass alle SPD-Ratsmitglieder den sich immer noch abzeichnenden Notstand nicht sehen. Lassen sie uns diese Frage – unabhängig von parteipolitischen Linien - entscheiden. Und wir erwarten auch ein klares Wort der Bürgermeisterin..

Sollte sich heute, oder ab 2010 der Bedarf nach einer neuen forensischen Einrichtung im Münsterland stellen, dann wird auch aus juristischen Gründen, um die Objektivität eines Standortsuchverfahrens zu gewährleisten, die Stadt Rheine (ausgenommen Bentlage) , wie alle anderen Städte und Gemeinden im Landgerichtsbezirk Münster auch, Bestandteil des Suchbereiches sein müssen. Verantwortlich kann niemand eine andere Aussage machen.

**Wenn in 2007 diese Entscheidung nicht zu treffen ist, dürften unsere Konversionsstandorte ausscheiden, wenn wir diese Flächen vorher (also bis 2010) mit neuen Konzepten bauplanerisch gesichert haben.**

Zusammenfassend kann ich hier erklären, dass die große Mehrheit der CDU-Fraktion bereit ist, einer –einmalig- zeitlich befristeten Verlängerung (längstens bis zum 31.12.2016) der Übergangsforsik zuzustimmen. Das entspräche dem Votum der Beschlussvorlage Alternative 4. Wir können uns aber auch vorstellen, der Optionsvariante 3 zuzustimmen, die nur marginale Unterschiede zum Vorschlag 4 beinhaltet.

Sehr deutlich gebe ich den Hinweis, dass die formale Alternative 5 (Dauerforsik in Rheine) bei uns zu keine Zeitpunkt diskutiert worden ist.

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.